

Dokumentation

eines Dialogs zum Thema

Qualitätsmaßstab

in der WZ-Berichterstattung
und -Kommentierung

beim

Umsteuern

Deutschlands

nicht tatenlos ...

- Schriftwechsel v. 29.5. – 5.6.05
mit dem WZ-Chefredakteur S. 3–5 (–13)
- Anlage zur Mail v. 2.6.05
(= **Schreiben** v. 1.6.05) S. 6–7
- Anlage zur Mail v. 5.6.05
(= **Schreiben** v. 4.6.05) S. 8–9
- Anlage zur Mail v. 5.6.05
(aus: „**Denkschrift**“, Aug. 03) S. 10–13
- Schriftwechsel v. 8.6. – 30.6.05
mit dem WZ-Chefredakteur S. 14–19
- Web-Adressen (S. 20)
- Text „**Schröder hat fertig**“ S. 21–25
- Zitat (S. 26)

Mail v. 8.6.05

Sehr geehrter Herr Peter,

ich freue mich, dass Sie nach unserer vergangenen kritischen Korrespondenz heute bewusst ein positives Feedback senden. (. . .)

Friedrich Roeingh
Chefredakteur
Westdeutsche Zeitung

An: Westdeutsche Zeitung

To: "Friedrich Roeingh" <friedrich.roeingh@westdeutsche-zeitung.de>;
"Wolfgang Radau" <wolfgang.radau@westdeutsche-zeitung.de>;
"Martin Vogler" <martin.vogler@westdeutsche-zeitung.de>

Cc: "Alexander Marinos" <alexander.marinos@westdeutsche-zeitung.de>;
"Ulla Dahmen" <ulla.dahmen@westdeutsche-zeitung.de>;
"Andreas Lukesch" <andreas.lukesch@westdeutsche-zeitung.de>

Mail, 29.5.05, 20:39 Uhr

Sehr geehrter Herr Roeingh,

der anliegende Text "Schröder hat fertig" äußert sich (auf Seiten 1-2) kritisch zu Ihrem Kommentar v. 23.5.05. Da Sie -- glücklicherweise -- häufig recht kritisch kommentieren, darf ich annehmen, dass Sie kritische Einwände auch für sich selber akzeptieren und konstruktiv aufnehmen. Orientierungshilfe bekommt sowohl der Politik wie der Öffentlichkeit wie auch den Medien.

Der anliegende Text "Schröder hat fertig" ist auch Herrn Dr. Helmut Kohl zugeleitet worden (u. liegt außerdem zahlreichen Parlamentariern in Bln u. D'dorf vor). Für Sie -- und die mitadressierten Kollegen Ihres von mir abonnierten Mediums, von dem ich erstklassigen Journalismus erwarte -- füge ich ergänzend noch drei Kurztexte bei, die die Argumentation abrunden helfen u. die Berechtigung meiner Kritik unterstreichen.

Vielleicht beehren Sie mich mit einer Antwort.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

Fritz W. Peter

Anlagen: „Schröder hat fertig“/„Ende der Krötenwanderung“/„Don Münte“/„(stag)NATION DEUTSCHLAND“

Antwort-Mail v. 30.5.05, 13:14 Uhr

Sehr geehrter Herr Peter,

vielen Dank für Ihre Mail, über die ich mich gefreut habe. Wir sind als Zeitungsmacher ebenso auf konstruktive Kritik angewiesen wie die Politik. Ich erwarte bei einer Kommentierung auch gar nicht, dass alle Leser meinen Argumenten und Deutungen folgen. Unsere Aufgabe als Zeitung ist es schließlich vielmehr, die eigene Meinungsbildung der Leser anzuregen.

Ich hoffe, dass Sie als einer unserer anspruchsvollen und kritischen Leser bemerken, dass wir seit zwei Jahren großen Wert darauf legen, meinungsfreudiger zu werden - ohne dabei in billige Polarisierungen zu verfallen. Ich habe Ihre Kritik aber auch nicht so verstanden, dass Sie mir dieses vorgeworfen hätten.

Wenn Sie uns kritisch gewogen bleiben, würde ich mich sehr freuen.

Mit den besten Grüßen

Friedrich Roeingh

Mail, 2.6.05, 12:55 Uhr

An: WZ-Chefredakteur

To: "Friedrich Roeingh" <friedrich.roeingh@westdeutsche-zeitung.de>;
"Wolfgang Radau" <wolfgang.radau@westdeutsche-zeitung.de>;
"Martin Vogler" <martin.vogler@westdeutsche-zeitung.de>

Cc: "Alexander Marinos" <alexander.marinos@westdeutsche-zeitung.de>;
"Ulla Dahmen" <ulla.dahmen@westdeutsche-zeitung.de>;
"Andreas Lukesch" <andreas.lukesch@westdeutsche-zeitung.de>

Sehr geehrter Herr Roeingh,

Dank zunächst für Ihre postwendende Antwort. Ich habe darauf ausführlich geantwortet und deshalb die Form eines Schreibens gewählt, also nicht nur diejenige einer schnellen Mail. Bitte entnehmen Sie mein Schreiben der Anlage zu dieser Mail. Ich bin zuversichtlich, dass Sie auch diesmal mir eine Reaktion geben werden.

Das Schreiben ist im gewöhnlichen pdf-Format beigefügt. Sollte irgendetwas beim Öffnen nicht funktionieren, bitte ich um kurze Verständigung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Fritz W. Peter

Anlage: Schreiben (siehe S. **6/7 >>)**

Mail, 2.6.05, 19:32 Uhr

Von: WZ-Chefredakteur

Sehr geehrter Herr Peter,

vielen Dank für Ihre ausführliche und äußerst kenntnisreiche Stellungnahme. Ich bitte um Verständnis, dass ich Ihnen nicht so umfangreich antworten kann.

Seien Sie aber gewiss, dass ich in unserem Bestreben nach einer immer qualitätsvolleren Zeitung daran arbeite, allzu plakative, wohlfeile, leichtfertige Wertungen aus der Zeitung zu verbannen.

Ich bin aber auch davon überzeugt, dass wir Ihnen seit geraumer Zeit hintergründige und differenzierte Betrachtungen zu politischen und gesellschaftlichen Themen in der WZ bieten, die Sie darin zuvor nicht gefunden haben.

Mit den besten Grüßen

Friedrich Roeingh

P.S: Herrn de Thier habe ich Ihr Schreiben zu seiner Kenntnis weitergeleitet.

Mail, 2.6.05, 21:22 Uhr

An: WZ-Chefredakteur

To: "Friedrich Roeingh" <friedrich.roeingh@westdeutsche-zeitung.de>;
"Wolfgang Radau" <wolfgang.radau@westdeutsche-zeitung.de>;
"Martin Vogler" <martin.vogler@westdeutsche-zeitung.de>

Cc: "Alexander Marinos" <alexander.marinos@westdeutsche-zeitung.de>;
"Ulla Dahmen" <ulla.dahmen@westdeutsche-zeitung.de>;
"Andreas Lukesch" <andreas.lukesch@westdeutsche-zeitung.de>

Sehr geehrter Herr Roeingh,

erneut Respekt und Dank an Sie für Ihre prompte, faire und selbstbewusste Antwort, der ich gern und bestätigend beipflichte.

Vor unserem Land liegen schwierige Aufgaben. Der Presse kommt dabei eine gar nicht zu überschätzende Bedeutung zu. In den Medien kann man manchmal mit geringeren Fesseln das Neue und Notwendige denken als in der Politik, die wie ein Gulliver tausendfach angepflockt ist. Umso mehr müssen ernsthafte Anstrengungen in der Politik gewürdigt werden. Die bedächtige Haltung des künftigen Landeschefs, die man weithin als sein Handicap betrachtet hat, erscheint mir als gute Voraussetzung für ein systematisches Weiterbringen der Anliegen dieses Bundeslands.

Auch im Bund ist der Wechsel nur die Bedingung der Möglichkeit einer Besserung. Der Beweis muss mit neuer Mannschaft erst erbracht werden. Guter Journalismus wird einen wichtigen Part spielen können beim Versuch, wirtschaftlich und politisch wieder auf einen seriösen Pfad zu kommen, z.B. indem politische Konzepte und Marschrouten gründlich durchleuchtet werden. Für ein konstruktives Wechselspiel von Politik und Medien besteht aus meiner Sicht insofern Hoffnung, als an der intellektuellen und analytischen Kapazität der Neubewerberin um die Macht -- bei fairer Beurteilung -- nicht gezweifelt werden kann.

Die Ventilation stockig gewordener Räume innerhalb unserer Gesellschaft und der Mentalitäten in so manchen Bereichen ist ein wichtiges Aufgabenfeld für die kommende Politik und den sie begleitenden Journalismus. Ihr professionelles Ziel, sehr geehrter Herr Roeingh, dies in Ihrem Verantwortungsbereich zu gewährleisten, ist die Mühe wert.

Erneut adressiere ich auch Ihre Kollegen, die so den interessantesten Dialog durchverfolgen konnten.

Diesmal ohne Anlage und

mit freundlichen Grüßen

Ihr

Fritz W. Peter

Anlage zur Mail v. 2.6.05, 12:55 Uhr

Wuppertal, 1. Juni 2005

Sehr geehrter Herr Roeingh,

Ihre Antwort auf meine Mail v. 29. 5. lag am Morgen des 30. vor. Vielen Dank für diese umgehende Reaktion. Lassen Sie mich zu beiden Absätzen Ihrer Antwort einige Anmerkungen machen, zunächst zum letzten Absatz, Stichwort: „... daß wir seit zwei Jahren großen Wert darauf legen, meinungsfreudiger zu werden ...“.

Eine gewisse Frische im Kommentar ist in der Tat festzustellen. Die Politik wird kritisch und pointiert begleitet, steht unter Beobachtung. Das ist in beide politischen Richtungen erforderlich. Ob dies gleichgewichtig erfolgt, darüber gibt es in Ihrer Leserschaft z.T. recht gegensätzliche Meinungen, ich finde jedoch, dass es insgesamt das Bemühen der WZ ist, in der Kommentierung und Redaktionsbesetzung ein *plurales* politisches Spektrum abzubilden. Die Schwierigkeiten dieses Unterfangens sind ja nicht gering, und umso begrüßenswerter ist Ihr Anspruch auf „Meinungsfreude“. Also da bin ich ganz bei Ihnen!

Nun zu Abs. 1, Stichwort: „Unsere Aufgabe ... , die eigene Meinungsbildung der Leser anzuregen.“ Auch das gelingt sicher häufig in guter Weise. Hier und da wird aber gezielt dagegen verstoßen. Die Beiträge von Peter de Thier trüben vor Voreingenommenheit. Sein Programm ist Meinungsmache, nicht Meinungsbildung. Nun will so mancher Leser derzeit gern negativ gegen alles, was aus Washington kommt, eingenommen werden, und begrüßt deswegen vielleicht sogar den *haßvollen* Stil de Thiers, aber der differenzierten Meinungsbildung dient die Schreibe gewiss nicht. Wenn ich mich dazu nachfolgend auf ein kleines Beispiel beschränke, so heißt das bitte nicht, dass sich die Illustration nicht ausführlich fortsetzen ließe.

Die Nominierung v. **Paul Wolfowitz** zum Weltbankpräsidenten war ein gefundenes Fressen für Ihren Redaktionskollegen. Einen Neocon darf man nach Herrn de Thiers journalistischem Verständnis auch mit unwahren und natürlich herabsetzenden Behauptungen bekämpfen; dies freilich erscheint mir als eigenwillige Variante des Anspruchs der WZ, die Meinungsbildung zu fördern.

Am Tag der Bestätigung von Wolfowitz als Weltbankchef durch den Weltbank-Board – dem 1.4.05 – „berichtet“ de Thier (s. S. 5) nochmals über das Profil des neuen Amtsinhabers, „der nach eigenen Angaben nicht die geringste Erfahrung auf dem Gebiet der Entwicklungshilfepolitik hat. Besser qualifizierte Kandidaten wurden übergangen ...“

Wolfowitz hatte in der 2. Hälfte der Achtziger z.B. als US-Botschafter in Indonesien gedient und damals intensive Erfahrung aus erster Hand mit entwicklungspolitischen Problemlagen sammeln können. Er hat sich damals keineswegs nur den Machthabern des Landes, Suharto und seinem Regime, angedient, wie es in der Rolle eines Botschafter - konventionell - üblich gewesen wäre, sondern im Sinne von Armutsbekämpfung und der Förderung der Zivilgesellschaft z.T. durchaus missliebig bei Indonesiens Diktator gemacht (vgl. u.a. Alan Sipress und Ellen Nakashima, „Jakarta Tenure Offers Glimpse of Wolfowitz“, in: Washington Post v. 28. März 2005). Auf die durchaus vorhandenen Erfahrungen aufseiten von Wolfowitz wurde in den Wochen nach seiner Nominierung bis zu seiner Bestätigung am 1. 4. durch informative Beiträge in der Presse und auch von Wolfowitz selber hingewiesen. Das zunächst einseitige Bild konnte vielerorts differenziert und korrigiert werden – freilich nicht bei Ihrem Redaktionskollegen und seinen Lesern, um die es Ihnen geht, Herr Roeingh, wie ich fest überzeugt bin! In dieser Bemerkung steckt keine Ironie meinerseits.

Wolfowitz wurde vom Board einstimmig bestätigt, auch seitens der Europäer. Die Board-Mitglieder „were impressed and reassured by his answers to their questions, according to bank sources.“ (vgl. Paul Blustein, „Wolfowitz Draws Nearer to World Bank Post“, in: Wash. Post v. 24. März 2005).

An anderer Stelle wird ausgeführt: „... some development specialists who were shocked by Wolfowitz's nomination are grudgingly acknowledging that he would bring an intellectual depth to the job that could serve the bank well. And his links to the White House, many speculate, could translate into powerful backing for important antipoverty initiatives.” (s. Paul Blustein, „Wolfowitz Strives To Quell Criticism”, in: Wash. Post v. 21. März 2005).

In de Thiers Beitrag vom 18. März, S. 5, wird die Expertenwelt samt und sonders im Gegensatz zu Wolfowitz gesehen. „Von Wolfowitz glauben die Experten ...“ Auch der letztgenannte Pluspunkt für Wolfowitz (s. Zitat Blustein) und weitere für das Verständnis wichtige Argumente wurden von Ihrem Kollegen erst gar nicht aufgeführt, dafür aber selektiv und wiederkehrend (vgl. seine in vielen Wendungen redundanten Beiträge vom 18.3. u. 1.4.) die hypostasierten Negativmerkmale.

Nicht nur von zahlreichen Ihrer Kollegen, die den nachfolgend genannten Anspruch erfüllen, sondern auch von Herrn de Thier ist zu erwarten, „*that he would bring an intellectual depth to the job*“, den er zur Meinungsbildung bei Ihren vertrauensvollen Lesern innehat, aber nicht ausfüllt.

Zwei kurze Anmerkungen aus Blusteins Berichterstattung vom 21. März möchte ich hier abschließend wiedergeben. Gestatten Sie mir, dass ich dazu eine Erläuterung voranstelle: Johns Hopkins-SAIS ist die University School of Advanced International Studies, an der übrigens auch ein Lehrstuhl eingerichtet ist, der den Namen **Richard v. Weizsäckers** trägt. Die Einführungsrede hielt Herr von Weizsäcker Ende April 2003 zum Thema der transatlantischen Beziehungen [s. Fußnote]. Wiedergabe Blustein, Wash. Post:

Jessica Einhorn, who succeeded Wolfowitz as dean at Johns Hopkins-SAIS and was a top World Bank official before that, said: "If there is one guy who understands how important strong institutions are, and would have first-hand appreciation for how difficult it is to get them in place, that's Paul Wolfowitz."

With Wolfowitz at the bank's helm, "it could be that there will be a healthy new emphasis on the centrality of political institutions to the development process," agreed Nancy Birdsall, president of the Center for Global Development. "That is where the field is, where the new consensus is, without question."

Das kleine Beispiel, das ich hier gebe mit Bezug auf die Frage eines gewissenhaften Journalismus, könnte selbstverständlich weiter ausgeführt und durch andere Beispiele ergänzt werden, aber ich denke, dass schon dieser Brief, der Ihnen kostenfrei zufliegt und Qualitätsansprüche Ihres Hauses unterfüttern kann, Beachtung und Dank wert ist. Jedenfalls wurde er in bester Absicht geschrieben, aus einem bislang nicht erlahmten Optimismus, dass Werte und Qualität bedeutende Merkmale meines Landes sein können (oder werden sollten). Ohne Beides würde das Land zügig weiter nach hinten durchgereicht.

Der journalistische Neuanfang ist nur teilweise gelungen. Doch auch das ist nicht gering zu schätzen! Von der Politik, andererseits, werden gern *vollwertige* Lösungen verlangt. Nicht völlig zu Unrecht! Gilt hier zweierlei Maß?

Mit freundlichen Grüßen

[Fritz W. Peter]

[Anmerk.: **Weizsäcker** mahnte in seiner Rede auch die Weiterentwicklung des Völkerrechts an, womit er freilich der Vorstellung vieler Europäer entgegentrat, die bisheriges Völkerrecht gegen eine veränderte Welt festschreiben wollen – aber dies nur als Randbemerkung.]

An: WZ-Chefredakteur, u.a.

[Cc: W. Radau, M. Vogler, A. Marinos, U. Dahmen, A. Lukesch]

Mail v. 5.6.05

Sehr geehrter Herr Roeingh,

aus aktuellem Anlass übersende ich mit dieser Mail nochmals einen Kommentar. Ein zweiter hier angefügter Text bezieht sich auf einen Aspekt dieses Kommentars.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

Fritz W. Peter

Anlage zur Mail:

Wuppertal, 4. Juni 2005

Sehr geehrter Herr Roeingh,

die zeitliche Koinzidenz unseres Dialogs und des neuerlichen Artikels von Herrn de Thier auf S.10 Ihrer Ausgabe v. Fr. d. 3.6. „Wolfowitz verspricht Afrika Hilfe“ „zwingt“ mich geradezu, nochmals zur Feder zu greifen.

Schon im Untertitel wird die Lesermeinung *suggestiv* gesteuert: **Wolfowitz** als „Marionette der US-Regierung“. In der ersten Spalte versäumt Ihr Kollege nicht, an die Zuschreibung zu erinnern, dass Wolfowitz „der Architekt des Irak-Kriegs“ gewesen sei. In der letzten Spalte wird sodann nochmals die Botschaft aus dem Untertitel – „Marionette“ – festgezurret, indem es heißt: Einige Indizien des Amtsantritts „werden Kritiker darin bestätigen, dass Wolfowitz womöglich doch nur eine Marionette des Weißen Hauses ist.“ Ende der Durchsage bzw. des Artikels.

Ein Mann, dem man in den vergangenen Jahren nachsagte, dass er aus (wohlgerneht) nachgeordneter Position (Stellv. Verteidigungsminister) heraus in der Lage war, die US-Politik zu gestalten, und zwar fundamental – durch die Fokussierung auf den Irak und die Wahl der Mittel dieser Politik –, wird im Handumdrehen zur „Marionette“ erklärt! War es bislang ein beliebter Topos, Bush als Marionette der „Neocons“ darzustellen, werden die Vertreter eben dieser neokonservativen Strömung – wie hier Wolfowitz – nun hurtig zu Marionetten Bushs, immer so, wie es gerade passt!

Ist *das* kritische Begleitung der Politik? Wird hier die Meinung des Lesers *gebildet* oder *gemacht*, verständige Meinungsbildung gefördert oder gefiltert, lieber Herr Roeingh? Eine Person von der Statur eines Paul Wolfowitz verwandelt sich umstandslos in einen Befehlsempfänger – warum? Weil auch dies geeignet ist, die US-Politik herabzusetzen! Jedes Mittel ist recht, und sei das logische Niveau noch so unterboten. Dies erinnert mehr an Boulevard-Journalismus als an Qualitätsjournalismus, könnte aber durch den Hinweis Ihres Lesers vielleicht doch noch Anlass für Sie sein zu kritischer Prüfung der Praxis anhand der Maßstäbe.

In vielen Nuancen wird sichtbar, dass Herr de Thier die Latte zu oft reißt, auch beispielsweise darin, wie er versucht, Wolfowitz gegen den Vorgänger Wolfensohn auszuspielen. „*Fraglich bleibt, ob er an das Vermächtnis des Australiers James Wolfensohn anknüpfen kann. So hatte Wolfensohn einen vielschichtigen Ansatz für die Entwicklungshilfe betont.*“ Wolfensohn, der an den Konsultationen zur Nachfolgeregelung beteiligt war, spendete viel Lob für Wolfowitz als möglichen Nachfolger, etwa mit der Einschätzung, Wolfowitz sei „*eine Person von hoher Intelligenz, Integrität und breiter Erfahrung sowohl im öffentlichen wie privaten Sektor und verfügt über Qualifikationen, die entscheidend in der Führung der Bank-Gruppe sind.*“ [vgl. Elizabeth Becker, David E. Sanger, „Wolfowitz Gets Bush Nomination for World Bank“, in: Washington Post, 17.3.05]

Dass sein Ansatz *vielschichtig* (s.o.) ist, ergibt sich sehr wesentlich auch aus dem doppelten Denkansatz der Armutsbekämpfung und Demokratieförderung bei Wolfowitz, die in der Tat eine Verknüpfung verlangen, wenn Entwicklungshilfe nachhaltig erfolgreich sein soll!

Die eben zitierte Textstelle von de Thier fährt fort: „*Dass er [James Wolfensohn] keine dritte Amtszeit bekam, lag an seiner Bereitschaft, gelegentlich auch der US-Regierung die Stirn zu bieten.*“ Dass Paul Wolfowitz leichter zu steuern sein wird (als ein unbequemer Wolfensohn), ist seinem bisherigen Profil nach zu urteilen wenig wahrscheinlich. Wolfensohn war von Präsident Clinton benannt worden, Wolfowitz nun von Präsident Bush: ein normaler Vorgang – jedenfalls beim Spitzenpersonal im kompetitiven politischen System Amerikas!

Der pejorative Journalismus des Herrn de Thier enthält wenig Erhellendes, das deutschen Lesern mehr Aufschlüsse über Entscheidungsprozesse der amerikanischen Seite geben könnte. Beispiele hierzu könnte ich zahlreich geben, wollte mich aber zur Verdeutlichung auf *einen* Vorgang beschränken.

Auch von seinem Leitartikel vom 2.4.05 bliebe nach gründlicher Durchsicht wenig übrig – außer dem schalen Gefühl, einer Meinungsmache ausgeliefert zu sein. Ihre Leser werden vielleicht in ihrer Mehrzahl nicht sogleich erkennen können, wie ihnen geschieht, oder sehen die eigene Meinung nur bestätigt, was ja angenehm beim morgendlichen Kaffeetrinken ist. Einer Zeitung bleibt es überlassen, welche Strategie sie wählt. Ein paar Argumente und Fakten liegen aber doch wohl mit dem Gesagten auf dem Tisch. Vielleicht ist – bei einer Tasse Kaffee – redaktionsintern ein klärendes Gespräch von Nutzen.

Könnte es sein, dass nicht nur die Politik, sondern auch die Informationsmedien und wir alle in der Pflicht sind, durch Lernen und Begreifen die derzeitige Situation zu verbessern? Von den Schülern erwarten wir, dass sie lernen und begreifen; darf nach Schulende das Bemühen plötzlich abreißen, möglichst realitätsgerechte Vorstellungen von den wirtschaftlichen, politischen – auch internationalen – Vorgängen zu entwickeln? Die Presse kann, über die Unterhaltungs- und Werbeträgerfunktion hinaus, durch eine gewissenhafte Berichterstattung und Kommentierung sehr wohl zur Gesamtsituation am hiesigen Standort beitragen, z.B. indem sie gute Voraussetzungen für die Orientierung des Lesers schafft.

Das verlangt mehr als nur mit abfälligem Zungenschlag sich über konkurrierende politische Positionen zu verbreiten, Sorgfaltsansprüche zu missachten, aber gleichzeitig ein *Informationsmedium* sein zu wollen. Übrigens wird auch die Arbeit anderer Reaktionskollegen geschmälert, die gewissenhafte Arbeit leisten, da die Qualitätsbelange der Zeitung insgesamt berührt sind. Bei meinen Stellungnahmen, Herr Roeingh, habe ich bewusst Redakteure als Mitadressaten einbezogen, die nach meinem Eindruck ihre Arbeit mit dem Anspruch auf Gewissenhaftigkeit verrichten. Gewisse Schärfen in der Darstellung oder Kommentierung stehen diesem Anspruch nicht entgegen. Härte im Urteil und Sorgfalt im Vorgehen sind ja kein Widerspruch. Dies möchte ich am Schluss nur erwähnen, um nicht missverstanden zu werden. Ich glaube im Übrigen aber auch nicht, dass Sie und Ihre Kollegen mich missverstehen werden.

Mit freundlichen Grüßen

[Fritz W. Peter]

Anlage:

Textauszug aus einer längeren Arbeit, die sich mit der wirtschafts- und gesamtpolitischen Situation in Deutschland befasst: Fritz W. Peter, *Denkschrift*, August 2003. Wiedergabe des Textauszugs nachfolgend >

[Anlage zur Mail v. So. d. 5.6.05

bzw. zum Schreiben v. Sbd. d. 4.6.05]

Innere Reformfähigkeit zweifelhaft

Auszug aus: „Denkschrift. Naheliegende Einsichten und Fragen – Europa nach der Irak-Erfahrung“, Fritz W. Peter, Aug. 2003, Kap. 3 u. 5 (v. insges. 12 Kap.). Zugehörige Fußnoten sind angehängt.

(...)

Europa – mit wirtschaftspolitischer Altlast

Europa sieht sich als Erfolgsmodell – politisch als auch wirtschaftlich. In der Rückschau auf die letzten fünfzig Jahre besteht wenig Grund, daran zu deuteln. Wird der Blick nach vorn gerichtet, stellen sich aber kritische Fragen. Welche Schlüsselindustrien und Schlüsseltechnologien haben ihr Kraftzentrum in Europa – heute, in 10 und in 20 Jahren? Kurzum, welche Wachstumsindustrien und -bereiche werden hier basieren? Wird das Kapital künftig von anderen Regionen dieser Welt angezogen, in dynamische, ungesättigte, weniger reglementierte Märkte? Wird es, wie dies seit langem auch in Deutschland beklagt wird, einen schleichenden „brain drain“ bei Spitzenkräften, Spezialisten und dem ambitionierten Nachwuchs geben, d.h. wird Humankapital (z.B. Forschungs- und Managementpotenziale, der „Grundstoff“ der globalen Wissensgesellschaft) weiter abfließen? Attraktivere Konditionen und ein konstruktiveres wirtschaftspolitisches Umfeld als in vielen Ländern Europas könnten Anlass geben abzuwandern, auszulagern, geschäftliche Engagements und Partner außerhalb zu suchen.

Der Wirtschaftsmechanismus in zahlreichen Ländern Europas ist gekennzeichnet durch eine Überdehnung der Staatsfunktionen. Oft liegt ein Verständnis zugrunde, das die Initiative beim Staat sieht und einer vermeintlich staatlichen Kompetenzsphäre zu viele Aufgaben und Einzelaufgaben überantwortet – „zuschiebt“. Dem entspricht auf staatlicher und politischer Seite eine Bereitschaft, zu viele Aufgaben zu „usurpieren“. Die staatliche „Lastigkeit“ des Wirtschaftskreislaufs zieht fast zwangsläufig wirtschaftliche Entwicklungsschwäche nach sich, also die Tendenz oder Gefahr, im Wettbewerb der Volkswirtschaften auf die „Verliererstraße“ zu geraten. Die deutsche Volkswirtschaft, vor langer Zeit ein „Wirtschaftswunder“, erfährt diese Gesetzmäßigkeit nun schon seit Jahren. (Guinnessbuchreife) Überregulierung und Reformunfähigkeit, eine überhöhte Staatsquote und Abgabenlast sowie weitere Faktoren führen zu ständig schlechterer wirtschaftlicher Performanz und sinkenden internationalen Rating-Werten. Die Zeit des Zuwartens scheint nun endgültig abgelaufen zu sein.

In einer Anzahl europäischer Länder hat der „Sozialstaat“ eine wohlfahrtstaatliche Ausformung erhalten – mit einer ausufernden Sozialbürokratie, die ein Eigenleben entwickelt hat und an ihrem Fortbestand festzuhalten trachtet. Investive Aufgaben werden zugunsten konsumptiver Ausgaben der Sozialverwaltung zurück gedrängt. Der seine Bürger nicht nur sozialstaatlich schützende, sondern sie „sozialfürsorglich“ verwaltende Staat ist Bestandteil des Gesellschaftsbilds dieser Länder und Programmpunkt ihrer Regierungen. [24] Daraus folgt und spricht ein Mangel an notwendiger ökonomischer Grundorientierung.

[25]

Eine Wirtschaftspolitik, die unter dem Diktat der Sozialpolitik steht, ökonomische Logik aushebelt und das individuelle Leistungsprinzip zu sehr am Gedanken staatlichen Handelns und kollektiver Fürsorge relativiert, liefert keinen Beitrag zu einem wirtschaftlich dynamischen, ressourcenstarken, handlungsfähigen Europa, das seine Verantwortung und seine beanspruchte Rolle in der Welt wahrnehmen könnte; denn es dominiert bei diesem Grundverständnis von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik die Neigung, dynamische Faktoren durch staatlichen Eingriff „abfangen“ bzw. aushebeln zu wollen.

Anders als nach den Prinzipien eines derartigen Handlungsmusters bestimmt im Leben Amerikas das wirtschaftliche Leistungsprinzip ungebremster und unverbrämter die gesellschafts-politischen Ordnungsvorstellungen. Für die Chancenverteilung im wirtschaftlichen Kräfteverhältnis liegen die Folgen auf der Hand. [26]

Sozialverträglichkeits-Rhetorik muss nicht, aber kann einer der „Bremshebel“ sein; sie sollte sich daher stets zunächst der „Nachhaltigkeitsprüfung“ stellen. Denn warum sollen nur die Ergebnisse des *betrieblichen* Managements und nicht auch diejenigen des *politischen* Managements einem „Elch-Test“ unterzogen werden.

Alles hier Gesagte war auch schon in einem Bild zum Ausdruck gebracht worden, das *Ludwig Erhard* – besorgt um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft – gebrauchte: Es komme zu „*immer höheren Staatsausgaben [als Folge des damaligen allgemeinen Booms]. Wir durchlaufen eine ballistische Kurve. Es führt uns hoch hinaus – bis wir durch unser Eigengewicht herunter gezogen werden.*“

Exkurs – zur Erinnerung an morgen

Wieviel Staat ist zuträglich? Auch hier dürfte das Wort des *Paracelsus* über die Wirkung von Arzneien gelten: „*Alle ding sind gift und nichts on gift; alein die dosis macht das ein ding kein gift ist.*“ Zu viel Staat bedeutet in der Tendenz zu wenig Bürgergesellschaft, gebremste Selbstinitiative, gleichsam „vom Staat geliehene“ gesellschaftliche Identität, Vitalitätseinbußen. Die notwendigen Anpassungen an eine sich schnell verändernde Welt bedingen jedoch – wenn es eine nachhaltige, also stabile Entwicklung sein soll – ein *aktives*, d.h. von *Selbstinitiative* mit getragenes Verhalten aufseiten der Einzelnen in ihren Lebensbereichen.

Es entspricht doch lediglich nüchterner Sicht, wenn gesagt wird: Für das Land (den Kontinent) und seine Menschen geht es um die Bewältigung einer *offenen, beeinflussbaren und selbst mit zu verantwortenden Zukunft*. Dazu müssen staatlicherseits Voraussetzungen geschaffen, nicht jedoch Hindernisse aufgebaut werden (wie z.B. die nicht mehr zu schulternden Soziallasten oder ausufernden Vorschriftenwerke). An Beispielen und Belegen für zu viel Staat und zu viel Regulierung fehlt es nicht. Eine Abkehr von der bisherigen Praxis wird immer dringlicher. Die Wahlbürger scheinen das zu begreifen, die Politikverantwortlichen dagegen verharren oft noch; es fehlt weithin immer noch an der Einsicht oder aber an der notwendigen Konsequenz.

Der Mut zur Einsicht und zum Handeln wird nun aufgebracht werden müssen. Ihn zu finden fällt leichter, wenn man sich klar macht, dass bei Nichtüberwindung des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformstaus in Deutschland (das hier stellvertretend auch für einige andere europäische Länder steht) das Regierungshandeln Gefahr läuft, eine unsachgemäße Profilierung in Ersatzhandlungen zu suchen. Der Irak-Konflikt bot entsprechenden Anschauungsunterricht: Aktiv wurde auf Wahlkampfveranstaltungen, statt auf diplomatischer Ebene agiert. (Schröder verwechselte bedenkenlos den Marktplatz in Goslar mit dem Kaminzimmer des Präsidenten im Weißen Haus sowie den Anlass einer Wahlveranstaltung mit der Notwendigkeit einer klugen diplomatischen D marche unter Regierungsverantwortlichen beidseits des Atlantik.) Wir haben uns daran zu erinnern, dass deutsche Sonderwege stets aus einer Notlage heraus bzw. aus Mangel an Perspektive beschr ten wurden. Es ist deshalb nicht nur aus Gründen wirtschaftlicher Prosperität, sondern auch unter dem Gesichtspunkt eigener Berechenbarkeit von gr o ter Bedeutung, dass eine (1.) konzeptioneller angelegte und (2.) konsequenter durchgeführte Politik zum Zug kommt.

„Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Brutto-sozialprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union – ob es einem gef llt oder nicht – ein globaler Akteur; sie sollte daher bereit sein, einen Teil der Verantwortung für die globale Sicherheit zu tragen.“ Mit dieser Mahnung erdffnet Javier Solana, Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, den Text seines Entwurfs einer europäischen Sicherheitsstrategie. [40] Eine weitere, in Zahlen gefasste Aussage, die ein Nachdenken provozieren kann, soll hier hinzugefügt werden. *Franz-Jochen Schoeller*, früherer deutscher Botschafter in Polen, Frankreich und Brasilien und zuvor u.a. an den Botschaften in Rom, Madrid sowie Teheran tätig, äußerte sich in einer Korrespondenz zur Frage des Bedarfs an einer aktiver und breiter geführten strategischen Diskussion wie folgt: *„Wie notwendig diese Gedankenarbeit ist, wird transparent, wenn man davon ausgehen kann, dass die europäische Bevölkerung im Jahre 2030 nur noch 5% der Weltbevölkerung ausmacht. Gelingt es nicht, bis zu diesem Zeitpunkt die in leidvoller europäischer Geschichte gemachten Erfahrungen in globale Harmonisierungs- und Friedensbemühungen umzusetzen, kann man nur mit Sorge in die Zukunft blicken.“* [41]

[zugehörige Anmerkungen]

Anm. 24: **DIE ZEIT** persifliert: *„Versuche, die Verteilungswirkungen des deutschen Sozialstaates zu ermitteln, sind bisher noch immer gescheitert. Zwei Bundestags-Enquete-Kommissionen gaben nach einigen Versuchen resigniert auf. Sicher ist immerhin, dass in großem Umfang die Mittelschicht Leistungen für die Mittelschicht bezahlt.“* In: *„Die Feigheit der Flickschuster“*, Elisabeth Niejahr, 15.5.03

Anm. 25: Mit berechtigter bei sender Kritik verdeutlicht **ZEIT**-Herausgeber *Josef Joffe* die Blockaden im deutschen Wirtschaftssystem, u.a. in: *„Deutschland, einig Kl ngelland“*, *Die Zeit* 11/2002, Teil 1 einer Serie kritischer Beiträge zum Thema *„Agenda Deutschland“*. Keineswegs überspitzt erscheint auch sein folgendes bildhaftes Resümee:

„Endlos variiert lautet die Botschaft: Es geht eben nicht so weiter wie bisher. Dabei wussten und konnten es die Deutschen vor einem halben Jahrhundert viel besser. Da konnten sie sich mit fantastischem Wachstum brüsten, da haben sie in Windeseile ein zerstörtes Land wieder aufgebaut. Warum? Weil sie Glück im Unglück hatten. Weil nach zwei Weltkriegen und zwei Währungsreformen (1923 und 48) das unterste zu oberst gekehrt worden war, weil alte Besitzstände und Machtstrukturen umgepflügt worden waren. Der Boden bestand aus gelockertem Humus, nicht aus gegossenem Beton. Doch je reicher und erfolgreicher die Deutschen, desto zitriger klammerten sie sich an ihre Besitzstände, desto mehr riefen sie nach ‚Berechenbarkeit‘, staatlicher Fürsorge und kollektiver Absicherung.“

Anm. 26: Die Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung haben bei der Aufzählung unveräußerlicher Menschenrechte auch das Streben nach Glück – „*pursuit of happiness*“ – genannt. Dies muss kein Widerspruch zur Aussage sein, dass das Leistungsprinzip eine Richtschnur bildet, im Gegenteil, es kann eine Voraussetzung für die Erreichung dieses Ziels, individuell und gesellschaftlich, sein. Europäische Deklamationen von Verfassungsrang bekennen sich *nicht* in gleicher Klarheit zum Glücksstreben des Souveräns und einzelner Menschen. Das ausgeprägte Besitzstands- und Interessendenken in unserem Land, die international kürzeste Arbeits- und Lebensarbeitszeit, Reiselust, Heimwerkerei und anderes mehr – ebenso wie die Programmatiken von Parteien und Regierungen zur „Ausgestaltung des Sozialstaats“ und „Gegen Sozialabbau“ etc. – sind nichts weniger als der versteckte oder sichtbare Hinweis auf das Streben nach Glück. Vielleicht könnte ein offeneres Eingeständnis helfen, die Wirtschafts- und Sozialpolitik und die zugrunde liegenden Programmatiken danach zu durchleuchten, ob sie geeignet sind, ihren Zweck – Glück zu ermöglichen – auch tatsächlich zu erfüllen.

(...)

Anm. 40: Entwurf v. Juni 2003, vom Europäischen Rat verabschiedete Fassung v. Dez. 2003

Anm. 41: private Korrespondenz

Die „Denkschrift“, aus der dieser Textauszug entnommen ist, wurde von **Ralf Dahrendorf** mit den Worten kommentiert: „*Ich habe selten einen Text mit so viel Zustimmung gelesen wie diese Schrift. Ihre rege eindrucksvolle Argumentation ist zudem höchst konstruktiv [...].*“ So bitte ich auch meine Schreiben an Sie – und Ihr Haus – zu verstehen, sehr geehrter Herr Roeingh.

An: WZ-Chefredakteur, u.a.

[Cc: W. Radau, M. Vogler, A. Marinos, U. Dahmen, A. Lukesch]

Mail v. 8.6.05, 13:23 Uhr

Sehr geehrter Herr Roeingh,

freuen durfte ich mich -- in der heutigen "Kaffeepause" -- über das Ausbleiben von Fehlern und Herabsetzungen im heutigen Beitrag ihrer "Washingtoner Quelle" im Beitrag auf S. 2, "Fischer bei Rice: Antritt und Abschied zugleich?" . . . Ich freue mich wirklich darüber, und Sie sehen auch, dass der Griff zur eMail als Mittel der zügigen Kommunikation von meiner Seite nicht nur dann erfolgt, wenn es darum geht, auf Fehler und Schwächen hinzuweisen.

Herr de Thier enthält sich in seinem Beitrag sogar eines Seitenhiebs gegen **John Bolton!**

Das ist begrüßenswert, denn der Fall bedürfte einer gesonderten Darstellung. Die kann auch durchaus kritisch sein, denn dafür gibt es genug Grund! Sie sollte aber, wenn überhaupt, auf nachvollziehbare, begründete Weise erfolgen, um das amerikanische politische System nicht nur herabzusetzen, sondern auch in seiner großen Kraft zur streitigen Auseinandersetzung in seinem Inneren darzustellen.

Vor allem: Wie kämen wir hier im behäbigen deutschen politischen System u. korporativen gesellschaftl. Konsensmodell dazu, den Lehrmeister spielen zu wollen, ohne selbst einigermaßen fähig zu sein, unsere Probleme zu lösen! Vielmehr sind wir für uns selbst und das europäische und internationale Umfeld mehr und mehr zum Problem geworden!

Herr de Thier spricht mehrmals die Forderung Deutschlands auf einen **UN-Sitz** an. So lautet der Schlusssatz seines Beitrags: *"Und sollte der designierte UN-Botschafter John Bolton nach langem Gerangel bestätigt werden, dann kann Außenminister Fischer seine Träume vom Sitz im Sicherheitsrat erst recht begraben. Dass er Condoleezza Rice in dieser Frage jedenfalls Konzessionen abringen kann, ist sehr unwahrscheinlich."* Gestatten Sie abschließend eine kurze Anmerkung hierzu: Es wäre in der Tat gut, wenn anstelle eines deutschen ein **europäischer Sitz** eingerichtet würde. Schröders und Fischers Forderung nach einem UNSC-Sitz erfolgte primär aus Prestigedenken, einem unzeitgemäßen -- Wolfgang Schäuble spricht von einem rückwärtsgewandten -- Nationaldenken. Dass es kein Verlust, sondern ein Gewinn wäre, wenn wir keinen Sitz bekämen, sondern das Prinzip regionaler (statt nationaler) Vertretung im Weltforum verstärkt zum Ausdruck gebracht würde, habe ich in "Gerechte und zukunftsgerichte UN-Sitzverteilung" dargestellt (www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf), v. Dez. 2004.

Ein Blick auf die Tabellen ab S. 8 und die nachfolgenden Erläuterungen würde Ihnen zeigen, dass die dort geforderte Ausrichtung der Politik eine wirkliche Perspektive beinhaltet, die beflügelnd wirken könnte u. Antworten auf viele Fragen gibt, in denen sich die "Große Politik" durch Phantasielosigkeit festgefahren hat. Rot-Grün wollten einmal "Phantasie" in die Politik hineinragen, was sie hineinragen war jedoch Illusionismus. Dass politische "Phantasie" oder Kreativität etwas anderes sind, versuche ich am Beispiel des gen. UN-Beitrags zu illustrieren. Ich füge den Beitrag an -- stelle mich also der Beurteilung -- oder Sie könnten ihn anhand der Web-Adresse aufrufen. Ich hätte auch nichts gegen Weiterleitung an Ihren Berichterstatter aus Washington einzuwenden, wemgleich ich nicht weiß, ob frisches Denken goutiert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Fritz W. Peter

Antwort-Mail v. 8.6.05, 21:01 Uhr

Sehr geehrter Herr Peter,

ich freue mich, dass Sie nach unserer vergangenen kritischen Korrespondenz heute bewusst ein positives Feedback senden.

Ich darf Sie aber in aller Höflichkeit um Verständnis bitten, dass die Vielzahl meiner Aufgaben und die Begrenztheit meines Zeitbudgets nicht erlaubt, mit einzelnen Lesern in eine Wechselkorrespondenz zu treten – auch wenn diese noch so spannend ist.

Ich denke allerdings, dass Sie der letzte wären, der nicht verstehen würde, dass ich mich als Chefredakteur auf meine Kernaufgaben konzentrieren muss – um auch so unseren Lesern möglichst wenig Anlass zur Kritik zu bieten.

Mit den besten Grüßen

Friedrich Roeingh
Chefredakteur
Westdeutsche Zeitung

Antwort-Mail v. 10.6.05, 22:38 Uhr

Sehr geehrter Herr Roeingh,

Sie haben sicher recht – es war auch lediglich mein Bestreben, an einem Einzelbeispiel durch Nachweise zu verdeutlichen, dass gegen Grundsätze, die Sie ja auch verteidigen, verstoßen worden war. Dazu musste ich etwas genauer werden und weiter ausholen. Nicht „Meinung“ habe ich entgegen setzen wollen, sondern Wissen.

Der Kritikpunkt ist ausreichend dargestellt. Zudem habe ich mir erlaubt, den Dialog der vergangenen Tage festzuhalten. Anbei finden Sie eine vollständige Dokumentation.

Diese Mail geht diesmal nur an Sie. Vielleicht ist Ihnen der Vorgang als internes Schulungsmaterial gar nicht so unlieb. Entschuldigen Sie, dass in mir immer der Personalentwickler durchkommt, der ich nunmal bin.

Diese Dokumentation mache ich auch anderen Personen meines Umfelds bekannt, ebenso wie ich sie einigen Persönlichkeiten aus der Politik, Wpt.- D’dorf - Bln, verfügbar machen werde. Lieber hätte ich Sie zunächst gefragt, aber das hätte bedeutet, Sie wiederum mit einer Mail zu beschäftigen und um Durchsicht dieser seitenlangen Dokumentation zu bitten. Das aber war – nach Ihrer verständlichen Bitte und der für mich gut nachvollziehbaren Begründung in Ihrer letzten Mail – nur schlecht möglich. Sie finden aber alles korrekt und gewissenhaft wieder gegeben.

Vielen Dank für Ihren heutigen Leitartikel, in dem Sie das momentane Berliner Geschehen in wünschenswerter Klarheit benennen. Auch die Glosse v. Herrn Marinos war mutig u. gut.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

Fritz W. Peter

Wuppertal, 29.6.05

Sehr geehrter Herr Roeingh,

anbei (erstens, aus Gründen des Rückbezugs) Ihre Mail v.12.6., (zweitens) mein Schr. v. heute. Übrigens traf die Schreibweise meines Namens in Ihrer Mail nicht ganz zu.

Wuppertal, 12.6.05

Sehr geehrter Herr Peters,

vielen Dank für Ihre Mail mit der angehängten Dokumentation.

Allerdings bin ich nicht damit einverstanden, dass Sie diese Dokumentation an Dritte weiterleiten. Wenn ich mit einem Leser kommuniziere – was ich im Rahmen meines begrenzten Zeitbudgets nicht nur mit Ihnen sehr gerne tue – muss ich davon ausgehen, dass diese Kommunikation zwischen A und B nicht irgendeine Art von Veröffentlichung erfährt.

Ich darf Sie freundlichst bitten, dass auch Sie sich an diese selbstverständliche Regel halten.

Mit den besten Grüßen

Friedrich Roeingh

Antwort, gerichtet an WZ-Ltg. sowie in Kopie an Herren Marinos, Lukesch u. Frau Dahmen (die auch zuvor in den Mail-Austausch einbezogen waren) als auch an Herren Fehre, Blasius, Lumme, deren journalistische Arbeit im Schreiben erwähnt ist:

Wuppertal, 29.6.05

Sehr geehrter Herr Roeingh,

in Anbetracht Ihrer Bitte um Rücksichtnahme auf ein knappes Zeitbudget fasse ich mich so kurz wie möglich, verzichte aber nicht darauf, mein Anliegen als WZ-Leser und politischer Bürger zu formulieren. Es war ja auch Ihr Wunsch klarzustellen, wie unser Dialog einzuordnen sei. Darum also nun die zugesagte Antwort auf Ihr Schreiben.

Ein gewisses Erstaunen über Ihre einschränkenden Bemerkungen kann ich nicht verhehlen. Gerade im journalistischen Metier ist ja das Beschränken von Information nicht der Weisheit letzter Schluss, vielmehr werden leider sogar Dinge, die die Privatsphäre betreffen (und ihr vorbehalten bleiben sollten) hervorgezerrt und breitgetreten. Im vorliegenden Fall ist jedoch nicht die private Sphäre, sondern das politische Urteil angesprochen. „Politik“ v. Polis = die Stadt, das allgemeine Anliegen betreffend. Umso größer also meine Verwunderung!

Ähnlich verwundert äußerten sich auch Personen meines Umfelds, darunter auch lebenserfahrene Menschen mit juristischer Vorbildung aus einem langen Arbeitsleben. Persönlich möchte ich mich zu Ihrer schnell formulierten Bitte, bei der ein wenig der erhobene Zeigefinger mitspricht, nicht tiefer äußern, außer hier mein Erstaunen zu bekunden.

In der Sache wird man sagen können, dass der Dialog ausschließl. inhaltsbezogen war und evtl. sogar exemplarischen Wert hat. Ich bin also persönlich froh, mir die Mühe gemacht zu haben, den Gedankenaustausch zu dokumentieren. Dass ich die Dokumentation dann Ihnen habe zukommen lassen, zeigt Ihnen eine offene, konstruktive Haltung meinerseits und gibt Ihnen die Möglichkeit, von dem abgehandelten Beispiel Gebrauch zu machen. –

Irritiert hat mich, dass Sie im Lauf des Dialogs mehrmals Ihr gewiss knappes Zeitbudget ansprachen. Sie wollten mir sicher in rücksichtsvoller Form zu verstehen geben, dass ich längere inhaltliche Antworten bitte nicht erwarten möge. Und Sie schreiben in einer der früheren Mails auch, dass gerade ich dies sicher sehr gut verstehen werde. Ja, in der Tat, das verstehe ich bestens. Zeitlich hänge ich auch stets in den Seilen (oder Zeilen; dieses Schreiben ist bspw. im Entwurf zw. 0:30 und 1:30 Uhr entstanden).

Aus diesem Umstand ergibt sich doch eigentlich ein Lösungsweg, wie er – verstärkt seit Anfang der Neunziger – von modern geführten Unternehmen eingeschlagen wurde. Wie behalf man sich bei all den Anfragen, Wünschen, Reklamationen oder Anregungen der Kunden? Man legte Verfahrenswege – Routinen und für Engpässe Ersatzroutinen – fest, wer wie in welcher Zeit und Form auf welche Geschäftsvorfälle zu reagieren habe. Man musste (vor dem Hintergrund des sich globalisierenden Wettbewerbs) auf seine Kunden reagieren und organisierte sich entsprechend. Wenn dies auch nicht immer gleich klappte, wie im Lehrbuch oder Beraterhandbuch beschrieben, wurde damit doch der grundsätzlich richtige Weg eingeschlagen.

Man hatte in Deutschland auch z.T. verstehen gelernt, dass die Kunden, wenn man sie als Quelle intelligent „abschöpft“, die besten Berater sind, da sie auf störende und kritische Punkte aufmerksam machen, oft von außen gute Vergleiche anstellen und noch dazu kostenfrei arbeiten.

Ein bisschen kam bei mir aufgrund Ihrer Anspielungen auf die Zeit das Gefühl auf, sehr geehrter Herr Roeingh, dass ich ein störender! Kunde bin – tatsächlich fehlte es aber doch eher an den internen Routinen zur Verarbeitung der Anregungen des Kunden.

Natürlich hört niemand gern Kritik, aber der Austausch zwischen Ihnen und mir verlief sachlich und nützlich, so mein Eindruck auch im Nachhinein, und es fielen keine herabsetzenden, verletzenden Worte. Warum auch! Eher regierte in den beiderseitigen Mails Anerkennung für den jeweils Anderen. Den Dialog kann man also in sachlicher Absicht transparent machen und dabei nur Nutzen stiften. Nicht für die Große Glocke wurde hier dokumentiert, sondern für das Innenverhältnis von Kunde und Lieferant, Leser und Presse, politischer Bürger und Presse, allgemeiner gesprochen: Politik und Presse.

Als Muster konstruktiven Umgangs miteinander empfand ich z.B. in der Washington Post den kürzlichen Kommentar von David Ignatius: „Rice’s Useful Rhetoric“, den ich diesem Schreiben für Sie beifüge. Ich beziehe mich auf die letzten 7 Zeilen des Kommentars. Es empfiehlt sich, eine kurze Minute aufzuwenden: Journalisten können Vorbildfunktion in Bezug auf den öffentlichen Diskurs und die Art, wie kommuniziert wird, wahrnehmen.

Mir ging hier – während des Schreibens – auch eine Stelle aus Kafkas „Bericht für eine Akademie“ durch den Kopf: „Alles liegt offen zutage; nichts ist zu verbergen; kommt es auf Wahrheit an ...“, aber ich will mich allein auf das oben Gesagte beschränken, das als Antwort auf Ihr Schreiben sicher auch in dieser Länge gesagt werden durfte – wie Sie mir vielleicht zubilligen werden.

Auch der zeitliche Abstand rückt die Dinge manchmal in die richtige Perspektive – so jedenfalls zeigt es mir die eigene Erfahrung.

Abschließend möchte ich nochmals anmerken, dass ich (nebst nur gelegentlichen Mängeln) täglich guten und auch sehr guten Journalismus in der WZ vorfinde.

Aus diesem Grund habe ich, wie schon erwähnt in meinem Schreiben vom 4.6. (als Anlage zur Mail vom 5.6.), verschiedene Kollegen als Adressaten einbezogen. Meine Achtung vor guter journalistischer Arbeit beschränkt sich nicht auf die explizit genannten Redakteure; sie stehen auch repräsentativ für zahlreiche Kollegen. Sorgfältig, eingängig und argumentationsfördernd – einfach vorzüglich – war heute z.B. „Und immer nur die Stimme vom Band“, gestern z.B. „Die gefühlte Bürokratie“ (u. der zugehörige Artikel, S. 2).

Um auch den Montag dieser Woche noch zu nennen, greife ich – allerdings kritisch – den Beitrag v. Herrn Fehre in seinem Kommentar „Iran: Abschied von Illusionen“ auf. An der generell hohen Qualität der Arbeit von Herrn Fehre möchte ich in gar keiner Weise herumdeuteln (dass politisch sehr unterschiedliche Auffassungen bestehen, spielt – für mich – bei solcher Einschätzung absolut keine Rolle), aber bei seinem „schnell hingeschriebenen“ Iran-Kommentar fehlt es ganz offenbar an Hintergrund!

Herr Fehre hat sich hier – vielleicht aushilfsweise – auf ein ihm nicht so vertrautes Themenfeld begeben. Seine Schlussworte: „Nun weiß der Westen, woran er ist. Ein Abschied von Illusionen, der am Ende vielleicht zu ernsthafter Politik zwingt.“

Dazu eine Anmerkung: Die Illusionen hinsichtlich der Härte der Auseinandersetzung an den internationalen Konfliktlinien hat man nicht im Westen allgemein, *sondern im europäischen und deutschen Teil des Westens!* Dies war ja der eigentliche Hauptgrund für den Streit der letzten Jahre zw. Washington-London einerseits und der Achse Peine-Pattensen-Paris – Entschuldigung: Paris-Berlin-Moskau andererseits. Übrigens nahmen auch alle osteurop. Regierungen und auch die Iberer Partei für die Position von Bush-Blair. Der Riss ging bei genauem Hinsehen mehr durch Europa als durch den Atlantik, denn in Europa gab es neben der breiten „pazifistischen“ Ohne-Michel-Strömung auch noch zahlreiche Realisten in den Regierungen anderer europäischer Länder.

Mangelnder Ernst in der Politik (s. Zitat Fehre) war besonders im Blick auf gaullistische Illusionen und rotgrüne Sonderwege zu beklagen. Schröder hat teilweise dazu gelernt, wie man daran erkennt, dass er gegenüber Iran den Schulterschluss mit Washington praktiziert. Ernsthaftige Politik kann niemals *zahnlos* sein. Gewisse politische Richtungen (denen ja auch trotz Unabhängigkeit mancher Redakteur nicht fern steht) sind aber eben nur *für letzteres* zu haben und verwenden *dafür* auch noch die irreführende Bezeichnung „Politik des Dialogs“. Eine gut beratene Politik weiß jedoch: Erst die Mischung macht's!

Das, was Herr Fehre also vom Westen allgemein sagt und damit auch Amerikanern, Briten, Osteuropäern etc. vorwirft, geht an die ureigene Adresse: an den rotgrünen Illusionismus in der Außenpolitik. Um hier aber Flausen auszutreiben, müsste man Ross und Reiter nennen statt in pauschalierenden Formulierungen bewusst zu verstecken. Vielleicht kommt man so auch wieder zu einem „funktionierenden Westen“, der Autorität in der Welt ausüben kann.

Fazit: Wir sollten die „Dinge“ (auch die Fehler) transparent machen, um daraus lernen zu können. Erst dann bekommen auch Dokumentationen einen Sinn.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Fritz W. Peter

Anlagen: 1. David Ignatius, 2. Dokumentation, 3. Text: „Die Politik der leeren Hand“

Übersandt habe ich das vorstehende Schreiben als Anlage zu einer Mail, die wie folgt lautete:

Mail 30-06-05 14:36 h

Sehr geehrter Herr Roeingh,

Ihre Mail v. 12.6.05, die ich am 21.6. nur kurz (mit der Ankündigung einer späteren Stellungnahme) bestätigt hatte, möchte ich mit dem anliegenden Schreiben gewissenhaft beantworten. s. Anlage, Dateibezeichnung: "Sehr geehrter Herr Roeingh_29-6-05".

Ergänzend zum Schreiben füge ich einen im Schreiben erwähnten Text bei: "Ignatius ...".

Ferner nochmals die Doku. Drittens einen aktuellen Text, der Sie vielleicht interessiert: "Die Politik der leeren Hand. Vom Herz in die Hose" (1. Teil: Innenpolitik).

Gern würde ich auch nochmals anfragen, ob für den Text des irakischen Autors (mit dessen Erfahrungsbericht zu den dortigen Wahlen an seinem Bagdader Wohnsitz) evtl. in der kommenden Zeit eine Veröffentlichung in Aussicht gestellt werden könnte. Ich füge den Text hier noch einmal an: Dateibezeichnung: "Die Wahlen in Irak". Nicht nur der Autor, auch das zivilgesellschaftliche Anliegen könnte mit einer Veröffentlichung konkret gefördert werden. Sie könnten zudem einen festen Kontakt dorthin etablieren. Ich bitte um offene Prüfung, ungeachtet der Differenz, die Sie mit mir haben (vielleicht inzwischen aber auch nicht mehr so empfinden).

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Fritz W. Peter

(o.g. Artikel von David Ignatius ist unter <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=32> abrufbar)

Die Antwort kam umgehend:

Mail 30-06-05 15:43 h

Sehr geehrter Herr Peter,

ich habe keine Differenz mit Ihnen. Ich bin bei einem durchschnittlichen 12- bis 14-Stundentag und einer Vielzahl zu erledigender Korrespondenzen schlichtweg überfordert, mit Ihnen einen regelmäßigen Gedanken- und Informationsaustausch zu pflegen.

In der Hoffnung, dass Sie mir dies nicht übel nehmen verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Friedrich Roeingh

Chefredakteur
Westdeutsche Zeitung

Fazit: Die (weltweit geführte) Mgt.-Diskussion (Ablauforganisation vor Aufbauorganisation, Kundenbindung durch Interaktivität, Delegationsfähigkeit, Teamverständnis, Reorganisation bzw. Restrukturierung der Aufgabenlast, u.a. horizontale Verteilung, Kopf frei für den Markt etc.) sollte im Hause der WZ weiterführend aufgegriffen werden.

Zur Reformthematik siehe auch:

Europa im Lebensabend

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=37>

Antidiskriminierungsgesetz – fatales Beispiel

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=36>

(stag)NATION DEUTSCHLAND

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=39>

Ende der Krötenwanderung

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=43>

Ein vorausgesagtes Ende

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=46>

Don Müntes Selbstkarikatur

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=40>

Die Politik der leeren Hand. Teil 1

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=52>

etc.

in: Weblog

adagio.blogg.de

Schröder hat fertig!

Fritz W. Peter

Nicht als Wahlkämpfer, aber als wählbare Figur. Ja, ihm ist der Kragen geplatzt – was noch zu verstehen wäre angesichts einer aufsässigen Parteilinken, mit der sich nicht regieren lässt und die er jetzt mit seinem Verzweifelungsschritt disziplinieren möchte.

So werden ihm seine Genossen nun im Parlament erst das Misstrauen aussprechen müssen, um ihn gleich darauf nach Kräften im Wahlkampf zu unterstützen. Wofür eigentlich?

Damit hinterher alles so weitergehen kann? Oder damit dieselbe Linke, die sich bisher querlegt, wahlkämpfend daran mitwirkt, pro-Schröder-Ergebnisse zu erzielen, mit denen sie dann zum Schweigen gebracht wird ??

Wie wahrscheinlich sind eigentlich pro-Schröder-Ergebnisse?

Wem die Befindlichkeiten der SPD allerdings nicht das Wichtigste im Leben sind, verweilt nicht bei diesen Fragestellungen. Es geht um ein schlingerndes Land, nicht die selbst gewählte Stagnation einer Partei und ihrer fünften Kolonnen.

Notwendiger erster Schritt ist die Situationsanalyse. Daran versucht sich z.B. die Westdeutsche Zeitung.

Bsp. 1: Westdeutsche Zeitung

Am Montag nach dem Erdbeben in NRW und der Kündigungserklärung Schröders und Münteferings an Partei und Volk kommentiert Chefredakteur Roeingh:

„Es ist wohl eine Mischung aus Klugheit, Staatsraison und schlichter Unlust an einer ein- einhalbjährigen Hängepartie, die Gerhard Schröder und Franz Müntefering zu dieser einsamen Entscheidung bewogen haben. Mit einer Wiederwahl von Rot-Grün können Kanzler und Parteichef nicht ernsthaft rechnen.“

Letzterer Aussage lässt sich wohl zustimmen, auch dem Wort von der „Unlust“. Von „Klugheit“ oder gar „Staatsraison“ wird man aber – bei zutreffender Analyse – kaum sprechen können. Das Vorgehen Schröders und Münteferings zielt vor allem auf die Disziplinierung der eigenen Truppen! Nicht Staats-, sondern Parteiraison war ausschlaggebend. Ob von „Klugheit“ oder eher von „Schläue“ zu sprechen wäre, kann hier undiskutiert bleiben. Wichtig ist aber zu erkennen, dass

Schröder mit Blick auf seine bröckelnde parlamentarische Basis – die unsicheren „Kantonisten“ der SPD-Fraktionslinken – handeln musste, obwohl er es so darstellte, als habe die Veränderung im Bundesrat für ihn den Anstoß gegeben.

In der Länderkammer hat die Opposition auch jetzt noch nicht die Zweidrittelmehrheit – so gesehen hatte sich also durch das Wahlergebnis nichts geändert. „Staatsraison“ hätte vordringlich verlangt, den Föderalismusstreit beizulegen, um für künftiges Regieren eine bessere Ausgangsposition zu schaffen; denn selbst im Falle eines Wahlsiegs für Schröder (erwartet er ihn wirklich?) sähe er sich vor gleich bleibende Bedingungen im Bundesrat gestellt.

Orientierung am Parteibedarf – ein Handeln aus Anlass der inneren Blockade der SPD-Fraktion – lag zudem besonders auch im Interesse und geistigen Horizont eines Franz Müntefering. Kurzum, Parteiraison war das treibende Motiv.

Die Partei, die Partei

Die Bezeichnung „Staatsraison“ verfehlt den Sachverhalt und ist unverdient. In Spalte 2 seines Leitartikels vollzieht auch Roeingh diese Erkenntnis:

„Schröder und Müntefering [...] konnten sich nicht sicher sein, nach dem Schock der verlorenen NRW-Wahl die SPD im Spagat zwischen harten Sozialreformen und rhetorischer Kapitalismuskritik zusammenhalten zu können. Hier liegt wohl der tiefere Beweggrund und die wahre Bedeutung ihrer Entscheidung ...“

Allerdings folgt dann wieder der alte Denkfehler, so als sei „Staatsraison“ gegeben, wenn der Staat der SPD hilft, intakt zu bleiben:

Roeingh: *„Wenn es Kanzler und Parteichef gelingen sollte, dass die Sozialdemokratische Partei über den vorgezeichneten Weg in die Opposition beieinander bleibt statt auseinander zu fallen, dann haben sie mit ihrer Entscheidung der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland einen unschätzbaren Dienst erwiesen.“* (s. Roeingh: „Das Ende von Rot-Grün“, WZ, 23.5.05, S. 2)

Das Pathos ist unangebracht, vielmehr gilt: Parteien haben eine Dienstleistung am Gemeinwesen zu erbringen – *nicht umgekehrt!* Wenn eine Partei an der Realität zerbricht, kann auch künstliche Beatmung nicht mehr lange weiterhelfen! Wenn die Politik eines Staates zur Geisel einer Parteilogik wird, sollte gelten: *„Was erlauben, Strunz!“* – und es empfiehlt sich eine möglichst schnelle Kehrtwende.

Sieben Jahre Geiselhaft waren nötig, um der Öffentlichkeit sinnfällig zu machen, wohin eine illusionsbeladene Politik führt. Die Wähler verlangen jetzt offenbar konzeptionell und handwerklich ernsthafte Arbeit. Soziale Demagogie verfängt nicht mehr wie bisher! Personalisierungen verlieren etwas an Gewicht oder wirken nur in Verbindung mit vorzeigbaren Ergebnissen. Ein Zurück zu altem Denken ist schwierig aufgrund klammer Kassen.

Wo der Aktienwert fällt, werden Vorstände abgewählt. Regierungsprogramme, gleich welcher Couleur, die Mogelpackungen sind und keinen Gewinn für die Wählerschaft abwerfen, werden endlich, endlich auf „Hauptversammlungen“ nicht mehr abgenickt.

Bsp. 2: FOCUS

Auf eine zweite journalistische Einlassung soll noch eingegangen werden, bevor ein Gesamtfazit gezogen wird. Das Beispiel ist dem FOCUS dieser Woche – Mo. 23.5.05 – entnommen: „*Vielflieger Schröder*“, Untertitel: „*Mit außenpolitischen Erfolgen will der Kanzler in den nächsten Monaten Punkte sammeln*“. Die drei Autoren verbreiten sich wie folgt:

„Während [Kohl] oft als Bittsteller und treuer Verbündeter agierte, tritt Schröder [...] viel selbstbewusster auf. [...] ‚Wir sind eine europäische Mittelmacht‘, sagt der Kanzler. Das Wort ‚Macht‘ wäre seinem Vorgänger nicht über die Lippen gekommen. Die Wiedervereinigung im Rücken, habe er, so sieht es Schröder, Deutschland in den Kreis gleichberechtigter Nationen zurückgeführt.“ (S. 29/30)

Hier müssen wohl mehrere Fragezeichen gesetzt werden. Kohls Ansehen in Europa und der Welt dürfte größer und ungeteilter gewesen sein als das des jetzigen Kanzlers. Kohls Verdienst ist die Wiedervereinigung und die Durchsetzung einer europäischen Währung. Bei Ersterem wusste er den amerikanischen Präsidenten und den sowjetischen Generalsekretär für sein Anliegen einzunehmen und sich gegen den entschlossenen Widerstand Maggie Thatchers und Francois Mitterrands durchzusetzen – nicht gerade ein Zeichen von Schwäche oder fehlendem Selbstbewusstsein! Kohl sprach nicht so sehr von seiner Macht, aber besaß sie, bei Schröder gilt eher ein umgekehrtes Verhältnis.

Schröders Politik seit 2002, in Achsenpartnerschaft mit Putin und Chirac, wirkte eher spaltend als fördernd auf Europa. Das ungelene Machtgehabe Schröders und Chiracs (vgl. die Ausführungen in unten angegebener Literatur) beförderte innerhalb Europas eine dysfunktionale Re-Nationalisierung der Politik. Die angebliche „Emanzipation“ deutscher Politik unter Rotgrün entpuppte sich als bloße „Entwestlichung“ (vgl. u.a. Thomas Kleine-Brockhoff: „*Wes Freund*

bin ich?“, DIE ZEIT, 11.5.05) – mit der Folge neuer Abhängigkeiten, die viel problematischer sind und der deutschen Politik keine tragfähige Orientierung geben können (vgl. Texthinweise am Schluss).

Wes Freund bin ich?

Es fehlt rotgrüner Außenpolitik fast durchgängig an Kompetenz: Das „Kerneuropa“-Konzept, die Vorstellung vom „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, das „multipolare“ Denkmodell – alle diese Politikansätze mussten scheitern und sind inzwischen weitgehend kassiert, wie mehr oder weniger auch eingeräumt wird. Wertvolle verlorene Zeit und viel zerschlagenes Porzellan waren das Ergebnis rotgrüner Außenpolitik. Dennoch wird vielerorts das Bild kultiviert, als sei die Schrödersche Zeit ein Gewinn für Deutschland gewesen. Diese tendenziöse, beschönigende Sicht hat ein zähes Leben.

Zurück zum FOCUS-Beitrag: *„Wann immer es irgendwie passt, wirbt Schröder bei ausländischen Gästen oder in fernen Ländern für Deutschlands Platz am Tisch der Mächtigen im UN-Sicherheitsrat. [...] Wenn die Reform der Vereinten Nationen gelingt, will Schröder unbedingt nach New York einschweben, um gleich zwei historische Ereignisse zu feiern: den 60. Geburtstag der Weltorganisation und Deutschlands Aufnahme in den Sicherheitsrat – ein Jahr vor der Bundestagswahl.“* (S. 32)

Es wird kaum zur Aufnahme Deutschlands in den Sicherheitsrat kommen, jedenfalls jetzt nicht. Hatte ein deutscher Sitz zu Kohls Zeiten noch die Unterstützung der US-Regierung, so entbehrt die Hoffnung darauf jetzt jeder Grundlage. Schröders primär am Prestige orientierte Forderung nach einem Sitz im UN-Sicherheitsrat überzeugt nicht. Diplomatisches handwerkliches Ungeschick bei der Entwicklung des deutschen Standpunkts trug dazu bei. Mit „Hoppla-hier-komm-ich“-Haltung wurde der Standpunkt von Schröder, auf Reisen in Tokio, en passant vorgebracht. Statt des in dieser Frage notwendigen orchestrierten Vorgehens, zeigte sich – einmal mehr – ein peinlicher Mangel an diplomatischem Vermögen.

Auf Schröders Vorgehen passt die Bezeichnung Bittstellerei – man hätte sich ein souveräneres, weniger anbiederndes Werben gewünscht, beim UN-Anliegen wie auch im Verhältnis zu Putin oder der chinesischen Führung. Das Werben um eine Stärkung der deutschen Position wäre unter einem Kanzler Kohl unaufdringlicher und wirksamer erfolgt, zudem mit besserer Argumentation, nämlich im Sinne und als Teil einer gesamteuropäischen Strategie – statt verengt im national-egoistischen Interesse: Stichwort Europäischer Sitz im UN-Sicherheitsrat (vgl. Literaturangaben am Schluss).

Bittstellerei

„Bittstellerei“ (s. FOCUS) und weitere, der früheren deutschen Politik angelastete Schwächen kennzeichnen den *jetzigen* Politikstil weit eher als die Zeit Kohls. Neben den konzeptionellen Schwächen sind auch die handwerklichen überdeutlich, siehe z.B. die Visa-Politik. Die Bilanz fällt also nicht sehr gut aus, im Gegenteil, wie im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich, so wurde auch außen- und europapolitisch zu viel gestümpert, so dass nun manche schmerzliche Quittung präsentiert wird. Leider wollte der deutsche Wähler ein rotgrünes Intermezzo. Umso mehr kann jetzt aber als Folge der Ernüchterung die Akzeptanz eines – substanziellen – Neuanfangs bei erheblichen Teilen der Wählerschaft unterstellt werden. Diese Chance zu verspielen, wäre unverzeihlich!

Wenn dieser Text überschrieben ist „Schröder hat fertig“, so meint dies im übertragenen Sinn,

- „Das Zuviel an Inkompetenz hat fertig“,
- „Das Wunschdenken hat fertig“

und glücklicherweise auch,

- „Das Mittel der sozialen Demagogie hat fertig“.

Zumindest hat Letzteres, wie die NRW-Wahl zeigt, an Durchschlagskraft verloren.

Wenn der Gentleman Giovanni Trapattoni mir hier das Stichwort zu dieser Analyse gab, so möchte ich auch gebührend in Fußballersprache schließen: Der Anstoß erfolgt umgehend! Mit Taktik allein wird nicht gewonnen werden! Entscheidend ist aufm Platz! Nicht aus Flaschen leer, sondern aus Überzeugung voll muss eine Politik entwickelt werden, die den Strukturkonservatismus überwindet. –

Erweiterte Begründungen – vertiefende Ausführungen:

Die hier vorgelegte Argumentation ist ausführlich untermauert in folgenden, aus dem Internet abrufbaren Texten: „*Außenpolitik – Fehler und Lehren*“, Untertitel: „*Bilanz rot-grüner Außenpolitik, UN-Reform, Iran-Krise*“, www.wadinet.de/news/dokus/Dialog-Text.pdf; „*Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik*“, www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf; „*Gerechte und zukunftsgerechte UN-Sitzverteilung*“, www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf (technische Anmerkung: bitte die Unterstriche in den letzteren beiden Web-Adressen beachten)

Sic transit gloria mundi vetusti

Spinnen die wirklich, die Römer,
wenn sie sagen: „So vergeht
der Ruhm des Alten Europa“ ?

Bei „sic transit gloria mundi vetusti“ wird dem Lateiner warm ums Herz.
Beim Wörtchen „alt“ musste ich selbst erst in die hinteren Regale greifen:
„vetustus“ = „betagt“/„altesten“; „mundus vetustus“ – verstanden als
„Alte Welt“ – entspräche ja (ohne Beigeschmack) aus amerikanischer wie
auch europäischer Sicht: **EUROPA**. . . . Irgendwelche Fragen ?